

Deutsche Kultusminister halten an Reform fest

Keine Rolle rückwärts: Bei einer Telefonkonferenz der Kultusminister hat sich gezeigt, daß eine große Mehrheit der Länder den Zeitplan für die Rechtschreibreform einhalten will. Nur das Saarland und Niedersachsen vertraten eine abweichende Meinung.

Ein Sprecher der Kultusministerkonferenz (KMK) sagte in Bonn, bei der Schaltkonferenz sei nichts beschlossen worden. Sie habe ausschließlich dazu gedient, sich über den aktuellen Diskussionsstand zu informieren. Am 7. und 8. Oktober soll nun bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten über einen Antrag Niedersachsens und eine Woche später bei einer Kultusministerkonferenz über einen weiteren aus dem Saarland diskutiert werden. Beide haben eine Verlängerung der Übergangsfrist an Schulen zum Ziel. Die Frist, in der sowohl alte als auch neue Rechtschreibung von den Lehrern akzeptiert wird, soll bisher am 1. August 2005 enden.

Inzwischen geht der Streit über die Reform weiter. Für die neuen Regeln plädierte unter anderem der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion schrieb in einem Brief an die Fraktion: "Glücklich sind Volk und Fraktion, die keine anderen Sorgen kennen." Außerdem kritisierte er seinen Kollegen Dieter Wiefelspütz für die Aussage, er lasse sich von Bürokraten nicht vorschreiben, wie zu schreiben sei: "Schade, daß mir dieses gute Argument damals in der Schule nicht eingefallen ist."

Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan kritisierte im "Kölner Stadt-Anzeiger" die Ankündigung des nordrhein-westfälischen CDU-Chefs Jürgen Rüttgers, die Reform im Falle eines Siegs bei der Landtagswahl 2005 zurückzunehmen. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, der für eine Rückkehr zur alten Schreibweise plädiert hatte, äußerte sich in der "Saarbrücker Zeitung" trotzdem kritisch zu den Plänen verschiedener Verlage, zur alten Rechtschreibung zurückzukehren.

Auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt wandte sich gegen die Reform. Gerhardt glaubt allerdings, daß die Einführung der neuen Rechtschreibung an Schulen nicht mehr rückgängig zu machen ist. Es werde darauf hinauslaufen, "daß das freiheitliche Leben in der Schriftform der Sprache sich erst nach Verlassen der Schule entwickelt". Gerhardts Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen wollen sich damit nicht abfinden. Die FDP im nordrhein-westfälischen Landtag will eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung beantragen.

Der CDU-Außenpolitiker Friedbert Pflüger will den Reformstreit auf einer höheren Ebene ausgetragen sehen. Pflüger forderte laut "Bild"-Zeitung eine Bundestagsdebatte mit den Worten: "Es geht um die deutsche Sprache. Das kann nicht nur Sache der Länder sein."

Der Philologenverband nannte die Folgen einer vollständigen Rückkehr zur alten Rechtschreibung "für Schüler nicht zumutbar". Die Ministerpräsidenten sollten sich auf einen Kompromiß verständigen. Mit Nachbesserungen auf der Grundlage der jetzigen Reform müsse endgültig "für Rechts- und Rechtschreibsicherheit" gesorgt werden.

Artikel erschienen in SPIEGEL online am 11. August 2004